

Motion der vorberatenden Kommission 40.10.09 «Kommunale Abgaben auf dem Grundeigentum»:**«Änderung Finanzausgleichsgesetz zur Erhöhung der Handlungsfähigkeit bezüglich Höhe der Grundsteuer für Gemeinden mit partiellem Steuerfussausgleich**

Nach Art. 38 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes (sGS 813.1; abgekürzt FAG) muss heute eine Gemeinde, die einen Beitrag aus dem partiellen Steuerfussausgleich erhält, die Nebensteuern in vollem Umfang erheben. Andernfalls hat sie die Voraussetzung einer «angemessenen Ausschöpfung von Einnahmequellen», wie es im Ingress von Art. 27 der Vollzugsverordnung zum Finanzausgleichsgesetz (sGS 813.11; abgekürzt VV zum FAG) heisst, nicht erfüllt.

Der Begriff «Nebensteuer» in Art. 38 FAG ist im st.gallischen Recht nicht definiert. Nach der Praxis fallen mit Ausnahme der Einkommens- und Vermögenssteuern die weiteren Gemeindesteuern unter den Begriff «Nebensteuer», also die Grundsteuer, die Handänderungssteuer und die Vergnügungsteuer. Wenn in Art. 38 Abs. 1 FAG von Nebensteuern die Rede ist, betrifft dies ausschliesslich die Grundsteuern. Bei der Erhebung der Handänderungssteuer besteht nämlich kein Ermessensspielraum der Gemeinde (vgl. Art. 245 des Steuergesetzes, sGS 811.1; abgekürzt StG), und bei der Vergnügungsteuer besteht keine Pflicht zur Erhebung (vgl. Art. 2 Abs. 2 StG). Aufgrund dieser definitorischen Ausgangslage wird denn auch in Art. 27 Bst. a VV zum FAG nicht auf «Nebensteuern» eingegangen, sondern der Höchstansatz der Grundsteuer als Voraussetzung für den partiellen Steuerfussausgleich genannt.

Im Jahr 2009 bezogen nach Auskunft des Amtes für Gemeinden immerhin 18 von 85 Gemeinden Mittel aus dem partiellen Steuerfussausgleich und weitere 11 Gemeinden solche aus dem individuellen Sonderlastenausgleich. Diesen 29 Gemeinden ist es verwehrt, von der Bandbreite des Steuersatzes Gebrauch zu machen. Auch sie sollen es aber in der Hand haben, die doppelte Steuerbelastung des Grundeigentums, insbesondere des selbstgenutzten Wohneigentums, zu senken. Künftig soll daher nicht mehr der volle Umfang der Grundsteuer massgebend sein, um einen Beitrag aus dem partiellen Steuerfussausgleich beziehen zu können. Die daraus resultierenden Einnahmehausfälle bei den Gemeinden dürfen nicht durch höhere Finanzausgleichsbeiträge kompensiert werden.

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat folgende Änderung von Art. 38 Abs. 1 erster Satz des Finanzausgleichsgesetzes zu unterbreiten: «Die Gemeinde, die einen Beitrag aus dem Steuerfussausgleich erhält, muss im betreffenden Jahr die üblichen Kausalabgaben kostendeckend erheben.»»

6. Januar 2011

Vorberatende Kommission 40.10.09
«Kommunale Abgaben auf dem Grundeigentum»